



Gorleben Rundschau



Standort

In den vergangenen 40 Jahren hat die BI erfolgreich gearbeitet. Unter den veränderten Gegebenheiten ist eine neue Ausrichtung im Jahr 2017 aber wohl unumgänglich.

Benennung

Die Richter/-innen am Bundesverfassungsgericht haben geurteilt, dass der beschleunigte Atomausstieg rechtens ist. Die Konzerne erhalten dennoch eine kleine Kompensation.

1977

Landwirt und Gastwirt Horst Wiese unternimmt einen persönlichen Streifzug durch die 40-jährige Geschichte Gorlebens und des Widerstands gegen die Atomanlagen.

Ein Spiel mit dem Feuer

Es beginnt mit einem Schuss eines Neutrons auf's Atom. // Und der zwingt Materie in eine Kettenreaktion. // Denn Strukturen werden instabil, so dass Bindungen nicht halten. // Und ohne Wahl und ohne Willen wird das Atom in zwei gespalten.

Doch der Teufel sitzt dazwischen, im Detail und er sitzt tief, // denn bei jeder Spaltung entsteht mehr noch, und das radioaktiv. // Spaltprodukte, tödlich, toxisch für unvorstellbar lange Zeit gewiss. // Bleibt zu fragen wie oft ein Raubtier schon die Hand des Herren biss.

Ob Atomkraft sicher sein kann? Lass es uns ne Glaubensfrage nennen. // Glauben kann man schließlich alles, auch dass es hilft bei Kopfschmerz geben einen Türrahmen rennen. // Und der Glaube, dass mit Atomstrom ich mir Geld und Ärger spar, // der folgt doch allein der Logik „was ich jetzt nicht seh, das ist nicht da“

Das ist ein bisschen, als würd man glauben man hat ein sauberes Geschäft gemacht // mit dem Kauf des günst'gen Fernsehers in dessen Verkaufsvertrag man im Kleingedruckten überlas, // dass man bei Unterzeichnung aller seiner Kinder und aller Kinderkindeskindes Erstgeborene zur Ratenzahlungsgabe macht.

Denn der Atommüll, er bleibt lange, // und sind wir selbst auch lang gegangen, // er bleibt Erbe, er bleibt Bürde er bleibt andauernde Last, // unsre Kinder tragen weiter ohne Wahl und ohne Rast.

Und wie beim Zauberlehrling und dem Meister // wird der Mensch kein bisschen weiser. // Und zuletzt stammelt er bloß: Die Geister, // die ich rief werd ich nun nicht los

Doch kein alter Hexenmeister wird zu Hilfe zu uns eilen, // um Erbarmen uns zu zeigen. // Weil Verantwortung zu tragen und solch Geschehnisse zu verwalten dieser Zeiten längst in unsren eignen Händen weilen.

Mona Harry
Hamburger Poetry Slammerin





Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg

Als Bürgerinitiative sind wir darauf angewiesen, unser Engagement außerhalb der Lohn- und Erwerbsarbeit in unserer Freizeit auszuüben. Für einen Verein ist das ganz normal und auch genau so vorgesehen. Für die Konfrontation mit den aberwitzigen und hochriskanten Atommüllplänen eines der reichsten Industrieländer der Welt und seiner Energieriesen, sowie den qualifizierten energischen Widerstand dagegen bleibt es jedoch ein Kampf David gegen Goliath. Dennoch haben wir 40 Jahre die Schleuder geschwungen und immer zielsicher mitten ins Schwarze getroffen. Politiker/-innen, Behörden und Vertreter/-innen von Verbänden fordern uns dabei aber stets an Wochentagen tagsüber, nämlich innerhalb ihrer hauptamtlichen Arbeitszeit. Aktionen, Ratschläge, Vorstandssit-

zungen, Planungen, Strategietreffen und „Kamingespräche“ können wir aber nur abends und an Wochenenden wahrnehmen, und so füllt sich unser Jahr gnadenlos und unaufhaltsam.

Eine lange geplante Vorstandsklausur schob sich so durch die Jahre, bis sie nun endlich im vergangenen Dezember stattfand. Viel mehr, als strukturelle Verbesserungen für eine erfreulichere Sitzungsökonomie und eine erste Fokussierung auf die Ziele der Zukunft kam diesmal noch nicht dabei heraus. Unsere Moderatorin war Profi genug, uns mit auf den Weg zu geben, dass nicht sie, sondern wir für das Ergebnis verantwortlich wären. Ohne unserer gemeinsamen Beurteilung vorgreifen zu wollen, bleibt jedoch eines festzustellen: Klausuren und Ratschläge, Zusammen-

künfte zum Innehalten und gemeinsamen Ausrichten bräuchte es trotz oder gerade wegen der vielfältigen Anforderungen mehr und nicht weniger. Und diese Erkenntnis führt gleich zu den nächsten beiden Folgerungen:

Bei allem Pluralismus und allem wendischen Eigensinn könnte die Konzentration auf das Wesentliche uns gut tun, und es braucht auch ohne Castor einfach wieder mehr Schultern, um die Freiheit des Wendlands zu tragen. Die Aufgabe, den Mächtigen die Stirn zu bieten und eine sozial und ökologisch intakte Zukunft zu erkämpfen, war und ist stets nur ein Staffelstab, der durch die Generationen gereicht wird.

Denn: „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feyndt wird ...“ *

* Thomas Münzer (1490 bis 1525 hingerichtet), deutscher evangelischer Theologe und Revolutionär

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk)
Weitere Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: wie namentlich gekennzeichnet
Gestaltung: Andreas Conradt



Druck: dieUmwelt Druckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5100, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White
Weitere Infos, Leserbrief und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Als am 8. Mai 1996 ermüdete und von Wasserwerfern durchnässte Atomkraftgegner/-innen nach der Blockade des zweiten Castor-Transportes völlig resigniert vom Zwischenlager Gorleben nach Lüchow zurückkehrten, gab es an anderer Stelle ein positives Zeichen:

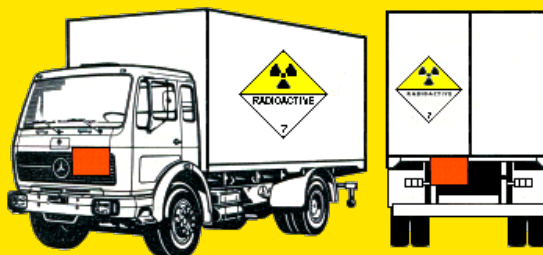
Auf dem Jeetzeler Berg ging zeitgleich die erste Windkraftanlage des Wendlands in Betrieb. „Wendolina“ drehte erstmals ihre Flügel, die Anti-AKW-Sonne auf dem Turbinengehäuse leuchtete hell in den ansonsten finsternen Tag. Zwei extreme Pole am selben Tag, so symbolhaft wie das Leben im Wendland seit der Standortbenennung im Februar 1977.

Denn es waren immer kreative Menschen mit Ausdauer und Mut, die sich für diesen Landkreis engagiert haben. Mit entschlossenem Widerstand wo er nötig war, aber auch mit der Entwicklung von neuen Formen des Zusammenlebens und der Energiegewinnung.

So ging schon im Winter 1978 die allererste Voltaikanlage in Dannenberg in Betrieb. Ausgetüftelt und gebaut haben diese Versuchsanlage Günther Burmester (Brax), Achim Noack, Klaus Peeters und Walter Läger. 1980 wurde das System für die Warmwasserbereitung im Hüttendorf 1004 weiterentwickelt. Dort musste das Wasser zunächst per Windrad aus einem Tiefbrunnen gefördert werden, ein System, das junge Berliner zuvor entwickelt hatten. Es gibt noch viele weitere Beispiele für im Wendland beheimatete „Pilotprojekte“, auch in den Bereichen Kultur und Landwirtschaft, die diesen Landkreis so außergewöhnlich machen. Und das ist, wenn man es so sagen will, das positive Vermächtnis Gorlebens. (bh)

Gorleben I Atom-LKW gestoppt

Angeblich gibt es einen Einlagerungsstopp für das atomare Fasslager in Gorleben, seit angerostete Fässer entdeckt wurden. Doch im November sichteten Anti-Atom-Aktivist*innen einen Transport mit Mosaikbehältern, der aus dem Atomkraftwerk Unterweser nach Gorleben unterwegs war. Das bestätigte der Sprecher der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), Jürgen Auer. Die Alarmkette der Gorleben-Gegner funktionierte, und kurz vor Einfahrt in die Tore des Zwischenlagers wurde der Transporter gestoppt. „Damit haben wir auch das Umweltministerium erwischt, denn es wurde stets behauptet, es gäbe seit dem Fund der Rostfässer keine Transporte mehr“, konstatiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Umso dringlicher sei nun ein behördlich verfügter Einlagerungsstopp, betonte ein BI-Sprecher. (we)



Die Bürgerinitiative bittet um Mithilfe:

Wenn ihr im Wendland auffällige Container-LKW mit dem Radioaktivitätszeichen seht, meldet euch bitte im BI-Büro und nennt Standort und Fahrtrichtung des LKW. Hotline: 05841-4684

Gorleben II Halle kommt trotzdem

Der Bau einer zusätzlichen Konditionierungsanlage auf dem Zwischenlagergelände in Gorleben ist nicht vom Tisch. Darauf weist die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hin. Sie hatte bei der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) nachgefragt, ob sich der Bau mit dem Abtransport von Atom Müllfässern aus Gorleben für eine Nachkonditionierung in Duisburg erledigt habe. Für die GNS kam die Antwort von Michael Köbl aus der Betriebsstätte in Duisburg-Wahnheim, wo die Nuklearfirma mitten in einem Wohngebiet Atom Müll verpackt: „Nein, die bis 2019 vollständig auszulagernden Fässer (...) sind nicht Bestandteil der Planungen für die neu zu errichtende Konditionierungseinrichtung.“ (gr)

Gorleben III Demo und Info

Bei frostigen Temperaturen trafen sich Anfang November rund 100 Atomkraftgegner/-innen im Gorlebener Tann, um sich vom BI-Vorstand über aktuelle Themen informieren zu lassen. Was die Demonstrant/-innen bewegte, fasste Martin Donat, der BI-Vorsitzende, in wenige Worte: Gorleben sei und bleibe ein möglicher Standort für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle, die Umsetzung der Empfehlungen der Endlagerkommission in eine Gesetzesnovelle dauere viel zu lang und damit würde die weitere Endlagersuche wider Erwarten auch ein Wahlkampfthema. „Nicht, dass wir mit den Ergebnissen der Kommission einverstanden wären, aber das kann uns nur recht sein, so haben wir uns das gewünscht.“ (gr)

Gorleben IV Rost rastet nicht

Bei der Auslagerung von gut 1300 Atommüllfässern aus Gorleben, die an den Standorten der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg-Wanheim oder Jülich für eine spätere Einlagerung in den Schacht KONRAD neu konditioniert werden müssen, sind bis Ende letzten Jahres 848 Fässer abtransportiert worden. Davon seien 21 auffällige Gebinde entdeckt worden. Nach Angaben des niedersächsischen Umweltministeriums (NMU) wiesen einige Fässer im Mantelbereich großflächige Korrosionsstellen auf, bei weiteren Gebinden zeige sich im oberen Mantelbereich eine vollflächige Ablösung von Farbschichten. Die Ursachen für die beiden Befunde seien bislang nicht bekannt, die hohe Luftfeuchtigkeit im Lager sei allerdings ein deutliches Indiz für das Fortschreiten der Korrosion. Nach ersten Erkenntnissen wiesen die Fässer keine Kontamination auf.

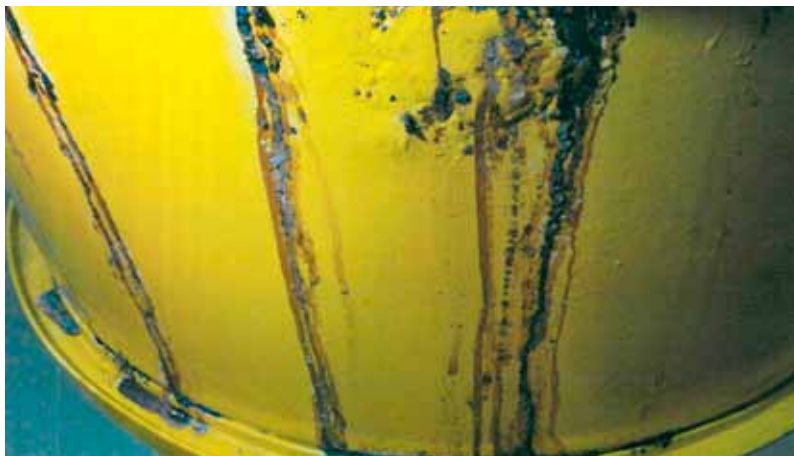
Das Umweltministerium als zuständige Aufsichtsbehörde hat darum angeordnet, dass die betroffenen Fässer zur weiteren Untersuchung in Gorleben bereitgehalten werden müssen und zunächst nicht abtransportiert werden dürfen. Eines der schon im März 2016 mit auffälligen Korrosionsstellen vorgefundenen Fässern soll demnach einer vertieften Untersuchung unterzogen werden. Dazu wird das Fass im Bodenbereich angebohrt. Mit einem Endoskop wird dann der Zustand im Inneren untersucht. Ein Konzept für die Untersuchung liegt derzeit allerdings noch nicht

vor. Das „zufällige“ Bekanntwerden von Befundfässern, das fehlende Inspektions- und Überwachungskonzept des Betreibers im Abfalllager und das Versagen des Referenzfasskonzeptes haben das Umweltministerium zu Beginn des Jahres 2016 dazu ver-



anlasst, eine umfassende Inspektion aller Fässer anzuordnen. Der Betreiber hat allerdings erklärt, dass er keine Notwendigkeit sieht, Maßnahmen zu ergreifen und hat gegen diese Anordnung Klage eingereicht. Für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ist dieser Schwebezustand unhaltbar: „Das NMU kann behaupten, tätig geworden zu sein, und die GNS sitzt die Zeit bis zum Abschluss der Auslagerungskampagne mit der Klage aus, die Sicherheit bleibt auf der Strecke.“

Wenn der gegenwärtige Zustand im Fasslager nicht dem Stand von Wissenschaft und Forschung entspreche, dann dürfe auch keine Einlagerung mehr stattfinden, zumindest so lange nicht, bis das Überwachungssystem erneuert wurde, unterstrich BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. (gr)



”
21 rostige
Fässer wur-
den bislang
in Gorleben
gefunden.
Eins davon
soll nun an-
gebohrt und
untersucht
werden

BI-Büro Aktion und Politik

Sichtbar bleiben und wahrgenommen werden veranlasst die BI immer wieder, mit ihrem Info-Stand im Wendland präsent zu sein. Ob zum Kartoffelsonntag in Dannenberg oder auf dem Weihnachtsmarkt in Gartow: Das Info-Zelt war auch in diesem Herbst weithin sichtbar.

„Farbe bekennen!“ hieß die vom Lüchower Tierfutterladen *Pfoten & Co.* initiierte Aktion Anfang November – ein Tag rund um Elektromobilität, StromweXel und Erneuerbare Energien. Für die BI Anlass, die Aktion wörtlich zu nehmen und mit einer Holz-X-Malaktion wieder zu etwas mehr Farbe im Landkreis zu animieren. Der weithin sichtbare Widerstand gegen die Atomkraft bleibt Priorität, auch und gerade vor der eigenen Tür.

Das wurde auch auf dem „Ratschlag“ Ende November in Gedenitz deutlich. Parlamentarischen Prozessen inhaltlich zu folgen und deren Ergebnisse mit sichtbarem Protest entgegenzutreten bleibt ein herausfordernder Spagat. Der Wunsch nach regelmäßigeren Treffen und einem Erstarben des Aktionsbereichs wurde der BI als Hausaufgabe mitgegeben. Einfließen lassen konnte dies der Vorstand sogleich beim internen Strategietreffen im Dezember. Die Agenda für das kommende Jahr wird einiges abverlangen: Castortransporte in Süddeutschland, 40. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens, 40 Jahre BI, die Kulturelle Widerstandspartei und die Weltklimakonferenz in Bonn bilden die Eckpfeiler der kommenden Aufgaben. Dabei hat es eigentlich allein die Arbeit zu Bergwerk und Zwischenlager schon in sich! Das machte im Lüchower Ratskeller auch der Physiker Wolfgang Neumann deutlich, als er mahnte: Zwischenlager werden zu Dauerlagern! (tk)

Ratschlag Quo Vadis, BI?

Der Ratschlag der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg im Gasthaus Wiese Ende November wurde unerwartet zur Diskussion über die Ausrichtung der BI in den kommenden Jahren genutzt. Neben der Besprechung all der Aktionen im Jahr 2017 wollte vor allem BI-Mitglied Werner Lowin mehr über den geplanten Kurs der Bürgerinitiative wissen. Die Diskussionen im Vorstand darüber wurden auf einem Strategietreffen im Dezember vertieft. (ac)

Widerstands-Marketing Salinas bei Budni

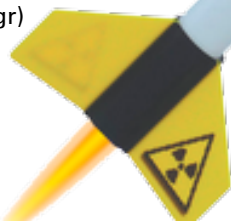
Die Idee, das Salz in Gorleben zu fördern, statt dort in 800 Meter Tiefe hochradioaktive Abfälle zu verbuddeln, mündete schon vor Jahren in die Gründung einer Firma:

Salinas Salz gibt es nun nicht nur in Bio-Läden oder im BI-Büro, seit Kurzem bietet auch die Drogeriekette Budnikowsky in ihren Hamburger Filialen das Salz an. „Wir sind raus aus der Nische, wir durchdringen mit der Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg und der Aufgabe Gorlebens nun auch die Regale von großen Läden“, jubelt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Weiter so! Und Glückwunsch an die Marketing-Strategie von Salinas.“ (gr)



Gesellschaft Atommüll-Spielzeug

Eine Modellbaufirma mit Internetshop bietet neuerdings diese Rakete an. Dort heißt es: „Castor ist ein passender Name für eine Atommüll-Entsorgungsrakete! Schlank und schnell bringt die Castor den gefährlichen Atommüll weg von der Erde und entsorgt ihn in der fast unendlich heißen Sonne.“ (gr)



Fukushima 300. Mahnwache in DAN

Mitte Dezember trafen sich in Dannenberg erneut Menschen zur Fukushima-Mahnwache – und das schon zum 300. Mal! Nach wie vor kommen die Anti-Atom-Aktivisten/-innen zusammen, um der Opfer zu gedenken und für den weltweiten Atomausstieg einzutreten. Lockerer Austausch, Informationen, persönliche Gespräche, das war auch am 12. Dezember das Programm. Zum Aufwärmen gab es warme Getränke und einige Grilllecken. (pm)

Zwischenlagerung Vortrag von Neumann

Auf Einladung der Bäuerlichen Notgemeinschaft, der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) und der Rechtshilfe Gorleben nahm Anfang Dezember der Wissenschaftler Wolfgang Neumann (intac Hannover) zu Fragen rund um die Probleme der langen Zwischenlagerung von Atommüll Stellung. Der Diplomphysiker und Ingenieur ist Experte für Sicherheit und Strahlenschutz bei Atomanlagen, insbesondere für die Zwischenlagerung, Konditionierung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen. Sein Fazit: Eine Endlagerung der hoch radioaktiven Abfälle ist nicht in Sicht. Die Folge: Aus den atomaren Zwischenlagern werden Dauerlager. Und das wirft viele Fragen auf:

Wie ist es um die Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente und wärmeentwickelnde Abfälle in der Bundesrepublik bestellt? Welche Probleme sind akut, und welche Probleme zeichnen sich ab? Wie weit tragen Sicherheitskonzepte, und wo gibt es Schwachstellen? Welche Szenarien zur Verlängerung oder Ausweitung bestehender Genehmigungen oder zur Errichtung neuer Zwischenlager werden diskutiert? Antworten auf diese Fragen gibt Neumanns Vortrag, der als Power-Point-Präsentation von der Website der BI heruntergeladen werden kann. (we)



Nachruf Eckart Spoo gestorben

Vier Tage vor seinem 80. Geburtstag starb am 15. Dezember der Journalist Eckart Spoo. Als niedersächsischer Korrespondent der Frankfurter Rundschau hat er die Gorleben-Geschichte ständig und wachsam begleitet: als investigativer Journalist und Berichterstatler. Unter anderem hat er mitgeholfen, einen ganz besonderen Skandal aufzudecken:

Nach Auswertung der Tiefbohrungen in Gorleben wollte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt von Gorleben abrücken, das politische Bonn aber intervenierte umgehend und bestand auf einer Eignungsaussage. Spoo hatte am Rande einer Pressekonzferenz aufgeschnappt, wie der damalige PTB-Ressortchef, Professor Helmut Röthemeyer, von einem „Maulkorb“ sprach. In einem Artikel dazu schrieb Spoo: „Die Bundesregierung hat der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt untersagt, Überlegungen anzustellen, ob als Alternativen zum Gorlebener Salzstock auch andere mögliche Endlagerstätten für Atommüll erkundet werden sollten. Professor Helmut Röthemeyer von der PTB bestätigte am Mittwoch die Existenz dieser Weisung und bezeichnete sie als eine „unangenehme Sache“. „Diesen Zeitungsartikel“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, „haben wir jahrelang vor Augen gehabt und schließlich bei der Nachfolgebehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz, einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt. Was dann folgte war helle Empörung über diese politische Intervention, die allein das Ziel hatte, Gorleben gegen alle Zweifel an der geologischen Eignung als Endlagerstätte auszubauen. Die vielen Nachfragen mündeten in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Gorleben. Danke dafür, Eckart!“ (gr)

Kultur

Lesen ohne Atomstrom

Das Programm für die 7. erneuerbaren Lesetage in Hamburg namens „Lesen ohne Atomstrom“ steht: Auch 2017 werden mehr als zwei Dutzend renommierter Autor/-innen und Künstler/-innen für die Beschleunigung des Atomausstiegs auftreten. Vom 20. bis zum 22. Februar und vom 10. bis zum 13. März können rund 2000 Zuschauer/-innen wieder bei Hamburgs unabhängigem Literaturfestival gratis dabei sein.



Das Programm wird dieser Tage auf www.lesen-ohne-atomstrom.de vorgestellt. (gr)

Gorleben V

Neujahrsempfang & mehr

Wenn, wie in diesem Jahr, der 1. Januar auf einen Sonntag fällt, dann ist gleich am ersten Tag des Jahres volles Programm an den Atomanlagen in Gorleben. Seit vielen, vielen Jahren ist der traditionelle Neujahrsempfang an den Atomanlagen in Gorleben der erste Widerstands-Termin im neuen Jahr. In diesem Jahr ging ihm der Sonntagsspaziergang voraus. Um 13 Uhr fanden sich die Menschen, wie jeden Sonntag, zu einem Spaziergang um das Salzbergwerk zusammen. Der Spaziergang organisiert sich aus sich selbst heraus, wird durch die Menschen, die daran teilnehmen getragen und drückt seinen Protest durch Präsenz, Beobachtung und Umrundung des so genannten Erkundungsbergwerks aus. Im Anschluss versammelten sich gut 100 Gorleben-Gegner/-innen am ehemaligen Greenpeace-Schiff, der Beluga, um gemeinsam auf das neue Widerstandsjahr anzustoßen. Bei Sekt, Saft, Selters und süßem Gebäck warf der BI-Vorstand einen Blick auf die Herausforderungen des Widerstandsjahres 2017. (we)

Endlagersuche

StandAG jetzt novelliert

Kurz vor Jahresende hat die Bundesregierung das Standortauswahlgesetz (StandAG) novelliert. Vorausgegangen waren die Beratungen der Endlagerkommission und deren Novellierungsvorschläge. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD): „Mit diesem Gesetzentwurf ziehen wir endgültig einen Schlussstrich unter die alte Methode Endlager. Die politisch willkürliche Festsetzung eines Standorts war ein historischer Fehler. Mit dem neuen Standortauswahlgesetz legen wir die Grundlage für eine transparente und wissenschaftsbasierte Suche unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit.“

Aus Sicht der Gorleben-Gegner/-innen hat sich im Poker um ein Atommüllendlager allerdings nicht viel verändert: „Auch wenn betont wird, dass Gorleben kein Referenzstandort sein soll, so wiegen der Erkundungsvorsprung und die Aktenlage, die in den letzten 40 Jahren geschaffen wurde, schwer“, befindet die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Sie moniert zudem, dass das Parlament ihren Vorschlag nicht aufgegriffen hat, eine Zahl von Mindeststandorten festzulegen, die künftig erkundet werden sollen. Die BI hatte untertägige Erkundungen von jeweils mindestens zwei Standorten in Salz, Ton und Granit gefordert. (gr)

Archäologie

Ausgrabungen auf 1004

Der Archäologe Attila Dézsi von der Universität Hamburg will das Gelände der „Republik Freies Wendland“ erforschen. Die Untersuchungen gelten der Rekonstruktion des Camps und der Erforschung des vierwöchigen Alltagslebens der Besetzer. Dazu erfolgen im Jahr 2017 archäologische Untersuchungen auf dem Gelände. Das zweijährige Projekt, für das die Universität ein Stipendium gewährt, soll 2018 abgeschlossen sein. Es beinhaltet unter anderem Auswertungen von Bild-, Schrift und Tonquellen sowie Ausgrabungen. In den Prozess werden Zeitzeugen aktiv einbezogen. (pm)



40 Jahre Gorleben

Jahrestag-Aktionswoche

Der wendländische Widerstand begeht den 40. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens am 22. Februar 1977 mit einer Aktionswoche. Das genaue Programm gibt's ab Anfang Februar auf der Website der BI.

Samstag, 18. Februar Rückbau statt Rückschau

12 Uhr Sammeln am Plater und am Streetzer Kreisel; gemeinsame Fahrt zu den Atomanlagen; dort ab 13 Uhr Reden, Musik, Aktionen. Bringt Schubkarren mit! Ab 16 Uhr in den Bauernstuben in Trebel: Präsentation des Wochenprogramms, Grußworte, offener Klönschnack bei Kaffee und Kuchen.

Mittwoch, 22. Februar Alles vorbei in Gorleben?

Moderierte Podiumsdiskussion über die Zukunft des Standorts Gorleben. Ort und Zeit folgen.

Samstag, 25. Februar Ein Bier auf 1004

22 Uhr: Tanznacht im Café Grenzbereiche in Platenlaase; Überraschungs-DJ. Soli-Eintritt: 5 Euro

Sonntag, 26. Februar Eselwanderung über den Salzstock

Mit Gerhard Has; von Trebel über den Salzstock zum Sonntagsspaziergang. 11 Uhr, Hauptstraße 54, Trebel

Sonntag, 26. Februar Gorleben im Spiegel der Literatur

17 Uhr auf dem Künstlerhof in Schreyahn: Axel Kahrs organisiert eine Lesung von Andreas Maier, Wolfgang Kaven, Ingrid Birkholz und anderen. (pm)

40 Jahre Standortbenennung Gorlebens sind kein Grund zum Feiern, sehr wohl aber zum Erinnern, Mahnen, Demonstrieren!

Belgische AKW Abkommen, aber ...

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hat kurz vor Weihnachten mit dem belgischen Innenminister Jan Jambon ein deutsch-belgisches Nuklearabkommen unterzeichnen. Dadurch wurde eine gemeinsame Kommission gegründet, um sich gegenseitig zu informieren und Atomkraftwerke im jeweils anderen Land aufzusuchen. „Das unterstreicht die hohe Bedeutung, die Deutschland und Belgien dem Thema nukleare Sicherheit beimessen“, so die Ministerin. Kern des Abkommens ist die Bildung einer gemeinsamen Expertenkommission und ein regelmäßiger Informationsaustausch zu Fragen der nuklearen Sicherheit. Anlass für das Abkommen war insbesondere die Wiederinbetriebnahme der belgischen Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 Ende 2015. Dies hatte vor allem in der grenznahen Region, aber auch darüber hinaus für Unruhe gesorgt.

Hendricks: „Das Nuklearabkommen ist ein großer Erfolg, auch wenn es sicher nicht alle Wünsche und Erwartungen der grenznahen Gemeinden erfüllen kann. Das Abkommen ist keine Vereinbarung über die Stilllegung von Atomkraftwerken in Belgien. Es greift auch nicht in die nationalen Zuständigkeiten der Atomaufsicht ein. Aber: Das Abkommen bildet eine verlässliche Grundlage für eine offene und kritische Diskussion zwischen Deutschland und Belgien über zentrale Fragen der nuklearen Sicherheit. Unsere bilaterale Zusammenarbeit hat eine neue – rechtlich bindende – Qualität.“

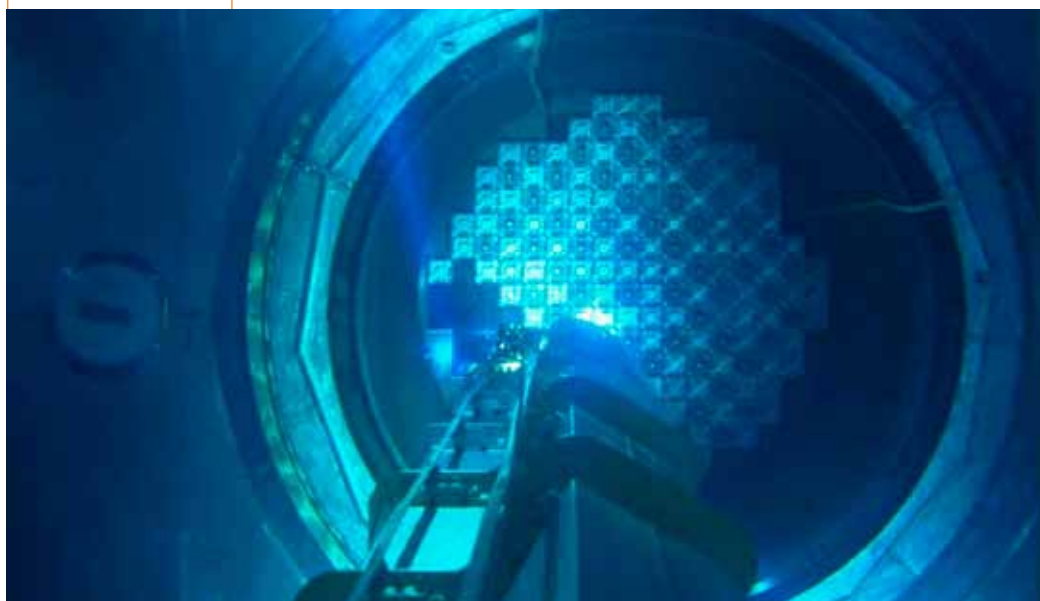
Unterdessen lässt Belgien die beiden maroden Atomreaktoren Tihange 2 und Doel 3 nahe der deutschen Grenze weiter laufen. Trotz tausender feiner Risse in den Reaktordruckbehältern soll der belgische Atommeiler Tihange 2 ungehindert bis zum Jahr 2023 weiterlaufen dürfen. Geplantes Abschaltdatum für Doel 3 ist das Jahr 2022. Aus der Brennelementefabrik in Lingen kommen regelmäßig Brennelemente für den Atomreaktor Doel 3. (pm)

Geschenk an Konzerne I Brennelementesteuer

Zum Ende des Jahres 2016 ist die Steuer auf Brennelemente für Atomkraftwerke ausgelaufen. Mit der Mehrheit der Regierungsfractionen von SPD und CDU/CSU hat der Bundestag einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Verlängerung dieser Steuer abgelehnt. Campact, die Anti-Atom-Organisation, ausgestrahlt und das Umweltinstitut München beklagen, dass die Bundesregierung den Betreiberfirmen damit ein Steuergeschenk in Milliardenhöhe gemacht hat.

Atomkraft bleibt so Sache der Steuerzahler.“ Um das zu vermeiden, hatten sich auch rund 300 000 Bürgerinnen und Bürger für den Bestand der Steuer ausgesprochen. Kurz vor der Abstimmung nahm Lothar Binding, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die Unterschriften entgegen. Die SPD hatte zuletzt die Bereitschaft geäußert, die Brennelementesteuer zu verlängern. Schlussendlich beugte sie sich aber der Koalitionsdisziplin.

„Bis 2022 werden die Energiekonzerne durch den Wegfall der



Seit Jahresbeginn müssen AKW-Betreiber keine Brennelementesteuer mehr zahlen. Sie fiel bisher regelmäßig beim Tausch der Brennelemente an.

Die Bundesregierung verpasste so erneut die Chance, Eon, RWE und EnBW angemessen an den Folgekosten der Atomkraft zu beteiligen.

Die Steuer wird seit 2011 beim Austausch von Brennelementen erhoben. Mit dem Wissen, dass die Steuer Ende 2016 auslaufen soll, haben die Atomkonzerne im vergangenen Jahr nur ein Minimum ihrer Brennelemente erneuert und den regulären Austausch außerplanmäßig ins aktuelle Jahr geschoben. Dem Bundeshaushalt entgingen dadurch allein für 2016 Steuern in Höhe von rund 750 Millionen Euro.

„Die CDU hat sich in der Koalition mit der Befristung der Steuer durchgesetzt und damit den Atomkonzernen den roten Teppich zur Steuervermeidung ausgerollt“, kommentiert Katrin Beushausen von Campact. „Der lange und steinige Weg aus der

Brennelementesteuer knapp sechs Milliarden Euro sparen““ erklärt Franziska Buch, Energiereferentin am Umweltinstitut München. „Das entspricht in etwa dem sogenannten Risikoaufschlag, durch dessen Zahlung sie sich aus der Verantwortung für die Kostenrisiken der Atommüll-Lagerung freikaufen können. Letztlich nimmt der Staat den AKW-Betreibern die Haftung für ihren Müll also ohne jegliche finanzielle Gegenleistung ab.“

„Die Milliarden-Geschenke, die der Bundestag den AKW-Betreibern heute macht, haben nicht nur finanzpolitische Auswirkungen“, so Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt. „Niemand muss sich bei solchen Entscheidungen wundern, wenn die Politikverdrossenheit und das Unverständnis für staatliches Handeln in der Bevölkerung weiter wächst.“ (pm)

Zwischenlager Gorleben Übergabe an den Staat

Der Gesetzentwurf der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs“ (KFK) enthält umfassende Neuregelungen zur Verantwortung für radioaktive Abfälle:

Bisher wäre das Eigentum am Atommüll mit der Abgabe an jeweils geeignete, vom Staat zur Verfügung zu stellende Endlager vom Abfallverursacher an den Staat übergegangen. Da bislang kein Endlager verfügbar ist, mussten sie ihre Abfälle in geeigneten Zwischenlagern aufbewahren.

Künftig soll der Staat Betrieb und Eigentum der Zwischenlager übernehmen. Das Eigentum an den *schwach-* und *mittelradioaktiven* Abfällen soll von den Abfallverursachern bei Anlieferung in fachgerechter Verpackung an ein vom Staat betriebenes Zwischenlager an den Staat übergehen.

Da aufgrund der neugestarteten Endlagersuche für *hochradioaktive* Abfälle noch keinerlei Vorgaben für eine endlagergerechte Verpackung der Abfälle existieren, soll das Eigentum an diesen Abfällen von den Abfallverursachern bei Anlieferung in den Annahmebedingungen des jeweiligen Zwischenlagers entsprechenden Transport- und Lagerbehältern an den Staat übergehen.

Zur Klärung offener Fragen bezüglich des Zwischenlagerstandorts im Wendland hat BI-Sprecher Wolfgang Ehmke mit Dr. Klaus-Jürgen Brammer von der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) in Essen gesprochen:

» Verbleibt bei der Neuordnung der Verantwortlichkeiten für die nukleare Entsorgung die Konditionierung der Abfälle bei der GNS?

Dr. Brammer: Verantwortlich für die Konditionierung der *schwach-* und *mittelradioaktiven* Abfälle sind weiterhin die Kernkraftwerksbetreiber. Sie können wie bisher beispielsweise die GNS mit Behandlungsmaßnahmen beauftragen. Aber auch dann bleiben die Abfälle bis zur Abgabe an den Staat (zwecks Einlagerung in ein staatliches Endlager, *Anm. d. Red.*)

Eigentum und „in Verantwortung“ des jeweiligen Verursachers. Eine künftige endlagergerechte Konditionierung und Verpackung *hochradioaktiver* Abfälle liegt in der Verantwortung des Staates.

» Bleibt die GNS verantwortlich für die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) und wird diese auch künftig nur für die Reparatur defekter Behälter genutzt, sollte ein solcher Fall einmal eintreten?

Dr. Brammer: Sowohl der ursprüngliche Zweck der PKA (Erprobung der endlagergerechten Konditionierung von Brennelementen), als auch ihre heutige Funktion (Reparaturzelle für beladene Großbehälter) fallen künftig in die Verantwortung des Staates.

» Stimmt es, dass Sie den Bau der Qualifizierungshalle aufgeben, oder überlassen Sie das Ihrem rechtlichen Nachfolger?

Dr. Brammer: Eigentum und Betrieb der Anlagen der GNS in Ahaus und Gorleben sollen jeweils vollständig an den Staat übergehen. Vor diesem Hintergrund plant die GNS, in dem Zeitraum bis zur Übergabe des Zwischenlagers an den Staat keine Anlage zur endlagergerechten Qualifizierung von Abfallgebinden in Gorleben zu errichten.

» Medienberichten zufolge wollen Sie bis zur Übergabe die Einhausung des Transportbehälterlagers Gorleben (TBL-G) abgeschlossen haben. Warum passiert nichts?

Dr. Brammer: Bis zur Abgabe unserer Zwischenlagerstandorte werden wir selbstverständlich alle vorgeschriebenen und erforderlichen Maßnahmen durchführen, um auch weiterhin einen ordnungsgemäßen und sicheren Lagerbetrieb zu gewährleisten. Für die konkret von Ihnen angesprochene Errichtung einer Schutzwand rund um das Transportbehälterlager Gorleben steht derzeit noch die von uns bei BfS/BfE beantragte atomrechtliche Genehmigung aus. Sobald diese erteilt wird, werden wir mit der Umsetzung des Bauvorhabens beginnen. (gr, we)



Dr. Klaus-Jürgen Brammer (Foto) von der GNS wurde von BI-Sprecher Wolfgang Ehmke zum Übergang der Einrichtungen des Zwischenlagers in Gorleben an den Staat befragt.

Entfall der Brennelementesteuer, Entlassung aus der Verantwortung für die Atommülllagerung, Verbleib der Rückstellungen für den AKW-Abbruch: Die Konzerne sind zum Jahreswechsel reich beschenkt worden...

Geschenk an Konzerne II Kosten für Müll & Rückbau

Der Bundestag hat Mitte Dezember den Pakt zur Atommüllentsorgung beschlossen. Demnach übernimmt der Staat die Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung des Atommülls. Dem Gesetz zufolge verbleibt die finanzielle Verantwortung für den AKW-Rückbau samt den zugehörigen Rückstellungen bei den Energiekonzernen. Die bisher für die langfristige Atommülllagerung gebildeten Rückstellungen in Höhe von 17 Milliarden Euro hingegen werden in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überwiesen. Gegen die zusätzliche Zahlung eines Risikoaufschlags in Höhe von sechs Milliarden Euro werden die AKW-Betreiber aus der Haftung für die zu erwartenden zukünftigen Kostensteigerungen in diesem Bereich entlassen.

„Es ist zwar zu begrüßen, dass die Rückstellungen für die Atommülllagerung in einem öffentlich-rechtlichen Fonds gesichert werden sollen“, so Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt. „Völlig unverständlich ist aber, warum das gleiche nicht für die Rückstellungen in Höhe von 21 Milliarden Euro für den AKW-Rückbau gilt. Geht eines der Unternehmen pleite, so sind die Gelder für den Abriss der Reaktoren verloren und müssen noch zusätzlich vom Staat aufgebracht werden. Am Ende können so weitere Milliardenzahlungen auf die Allgemeinheit zukommen.“ Der Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke, verweist auf Medienberichte. So sei in der Süddeutschen Zeitung Klartext gesprochen worden: „Denn die nötige Vorsorge war immer auch im Strompreis enthalten, sie war sogar ein Geschäft. Die so angesammelten Milliarden waren ein zinsfreies Darlehen, mit dem die Konzerne munter investieren konnten; zu allem Überfluss konnten sie die Rückstellungen von der Steuer absetzen. So profitierten die Unternehmen von einer Leistung, die sie nie erbracht haben. Jetzt aber, wo sie fällig wird, dürfen sie den ganzen Müll an den Staat abwälzen.“ (pm, gr)

Serie:
40 Jahre '77



Erbgut Widerstand

Ein persönlicher Streifzug durch 40 Jahre Gorleben-Geschichte

40 Jahre Horst Wiese, Jahrgang 1935, ist einer der Veteranen des bäuerlichen Widerstands im Wendland. Der Landwirt und Gastwirt hat vor 56 Jahren in Gedelitz, heute eineinhalb Kilometer Luftlinie von dem Gorlebener Atommüllzwischenlager und der Endlagererkundungsstätte entfernt, von seinen Eltern eine Gastwirtschaft übernommen. Kurz vor dem Ortsausgangsschild gelegen, ist sie dank Horst Wiese und seiner Frau Marie-Louise allen Atomkraftgegnern wohl bekannt. Hier startete nach monatelanger Vorbereitung 1979 der legendäre Treck von mehr als hundert Traktoren nach Hannover, das angrenzende Gelände bot Zeltlagern Platz, auf dem Hof wurden alternative Verfahren der Strom- und Wärmezeugung entwickelt, die Gaststätte war Ausgangs- und Endpunkt zahlreicher Demonstrationen und Aktionen. Ein Gespräch der Schattenblick-Redaktion

» Könntest du aus deiner Erinnerung erzählen, wie das damals mit der Anti-Atomkraft-Bewegung hier im Wendland angefangen hat?

Horst Wiese: Im Jahr 1977 gab es zwar die Standortbenennung, aber es war schon vorher klar, dass der Staat einen Standort für die Lagerung der radioaktiven Abfälle gesucht hat. Allerdings haben wir nicht geglaubt, dafür in Frage zu kommen, weil das Risiko hier so nahe der Grenze zur DDR doch ziemlich hoch war. Wir haben jedoch falsch gelegen. Denn die wollten die radioaktiven Abfälle möglichst weit weg von den Ballungsgebieten in weniger dicht bevölkerten Regionen loswerden und hatten daher den Salzstock zur Endlagerung vorrangig ins Auge gefasst, zumal er viel Platz bietet. Überhaupt wurden die Untersuchungen schon zehn Jahre vor der Standortbenennung vorgenommen, wovon wir aber nichts geahnt haben. Dazu sind sie mit elektro-tektonischen Messgeräten quer durch die Landschaft gezogen und haben dabei den Salzstock vermessen. Als dann die Standortbenennung kam, fielen wir natürlich aus allen Wolken. Das war noch unter

der Regierung Albrecht. Wir haben daraufhin eine Eigentümergesellschaft in Gartow gegründet, um uns zunächst zu informieren und notfalls Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In der Folge sind einige Dinge vorgefallen. So hat man uns unter Druck gesetzt, unsere Grundstücke bis zu einem bestimmten Termin zu verkaufen. Es hieß, bis dahin würden wir pro Quadratmeter noch die volle Summe von 3,50 bis 4 Mark bekommen, danach erheblich weniger, nämlich nur noch eine Mark pro Quadratmeter. Das war schon ein ziemlicher Unterschied. Aus Unsicherheit darüber, ob wir als Gemeinschaft überhaupt die Handhabe hätten, uns dagegen aufzulehnen, fielen die ersten auch schon ab.

Mit der Zeit scherten noch weitere aus, als sie erkannten, dass sie für die Waldflächen hier gewaltige Geldmengen kriegen und damit andernorts, wie zum Beispiel in Schleswig-Holstein, bessere Flächen kaufen könnten. Selbst Graf Bernstorff hätte seinerzeit noch die Möglichkeit gehabt, für den Preis, den man ihm hier bot, ein größeres Gut in Amerika zu erwerben. Aber auch andere ließen sich von den Geldangeboten nicht beeindrucken, denn wir

Als 1977 die Standortbenennung kam, fielen wir aus allen Wolken



sagten uns: Erstens kaufen sie das Land hier viel zu billig; in den Ballungs- und Industriegebieten wurde pro Quadratmeter zwölf und fünfzehn Mark gezahlt; angesichts des Umstands, dass dies die gefährlichste Industrie auf der Welt ist, sollte man keine Angst haben, 20 Mark pro Quadratmeter zu fordern. Und zweitens gab es einige, zu denen ich auch gehörte, die dieses weiträumige Land als ihre Heimat ansahen und den Wald, die Umgebung und die

1973

1974

1975

1976

Änderung im Flächennutzungsplan: AKW bei Langendorf wird geplant.



Waldbrände bei Gorleben vernichten eine Fläche von ca. 2000 Hektar

Ein Waldbrand, der im Sommer 1975...



Die Pläne zum Bau eines Nuklearen Entsorgungszentrums (NEZ) werden bekannt. Vorgesehen sind eine Wiederaufarbeitungsanlage und ein Endlager für Atommüll.





Nähe zur Elbe liebten. Wir hingen an unserer Heimat, und das Geld war uns daher gleichgültig. Hinzu kam, dass von dem Verkaufspreis ja noch die Grunderwerbssteuer oder schlechthin Steuern abgingen. Man hatte uns zwar versprochen, dass wir für das Geld keine Steuern zahlen sollten, aber da hatten wir nur mit dem Kopf geschüttelt und uns gesagt, darauf wird sich der Fiskus niemals einlassen.

Im Laufe der Zeit bildeten sich Fronten zwischen denen, die die Heimat wertschätzten und bleiben wollten, und jenen, die vielleicht ohnehin über ihre Verhältnisse gelebt und Belastungen auf ihren Grundstücken hatten. Sie sahen im Verkauf eine Möglichkeit, gut aus dieser Sache he-

Die erste große Demo nach der Standortbenennung fand im Frühjahr 1977 auf der Waldbrandfläche zwischen Gorleben und Gedelitz statt.

rauszukommen. Ich selbst habe das nie so verbittert gesehen, auch der Graf nicht, aber er soll Androhungen bekommen haben. Ich weiß nicht, was da im Einzelnen vorgefallen ist. Vor allen Dingen hat die Gräfin gesagt: „Wenn du das Land verkaufst, lasse ich mich scheiden.“ Sie hat ganz konsequent Stellung bezogen. Wir anderen ja auch.

Dieses viele Geld hat ganze Familien gespalten. Der Vater wollte nicht verkaufen, aber der Sohn schon. Bei mir war das nicht so. Mit denen, die wie ich dachten, hatten wir im Nachhinein ein recht enges und freundschaftliches Verhältnis, was vorher gar nicht so ausgeprägt war. Jedenfalls sind auf diesem Wege wirkliche Freundschaften entstanden.

» Auf der einen Seite gab es eure Bäuerliche Notgemeinschaft, wie sie später hieß, und auf der anderen Seite die Atomkraftgegner, die von außen zugezogen waren oder nur zeitweise hier lebten. Wie war die Beziehung untereinander?

Horst Wiese: Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist aus der großen Demo entstanden, die von Gedelitz nach Hannover gezogen ist. Um überhaupt einen Ansprechpartner zu haben oder eine Telefonkette aufstellen zu können für Demonstrationen, die hier heimlich abliefen, wurde die Bäuerliche Notgemeinschaft gebildet. Sie schuf eine Verbindung im gesamten Kreis. So ähnlich lief das auch bei der Bürgerinitiative (BI)

Fotos: PubliX/riewing, Torsten Schoepe, Wolfgang Hahn; Zeistrah unten: Ausstellungs „Widerstand bleibt - Erinnerungen für die Zukunft“

1977

Gorleben ist politisch nicht durchsetzbar

Dr. Ernst Albrecht (1977-1980) als stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Er war der wichtigste Politiker, der sich für den Bau von Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein einsetzte. Er wurde im März 1980 von der CDU als Ministerpräsident gewählt.

NEZ Standortbenennung Gorleben
Gründung der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) und der Bäuerlichen Notgemeinschaft

1. Großdemonstration bei Trebel
(ca. 20.000 Teilnehmer)



Ich verarsche euch alle!

1978

Kalkar-Urteil Restrisiko

Im Kalkar-Urteil (1978) wurde festgestellt, dass das Restrisiko von Atomkraftwerken nicht vernachlässigt werden kann. Das Urteil wurde von der Bundesregierung in der Folgezeit als Grundlage für die Standortwahl von Atomkraftwerken genutzt.

Im Kalkar-Urteil (1978) wurde festgestellt, dass das Restrisiko von Atomkraftwerken nicht vernachlässigt werden kann. Das Urteil wurde von der Bundesregierung in der Folgezeit als Grundlage für die Standortwahl von Atomkraftwerken genutzt.

Im Kalkar-Urteil (1978) wurde festgestellt, dass das Restrisiko von Atomkraftwerken nicht vernachlässigt werden kann. Das Urteil wurde von der Bundesregierung in der Folgezeit als Grundlage für die Standortwahl von Atomkraftwerken genutzt.



1979

„Albrecht, wir kommen“
25.03. März-Treck nach Hannover
100.000 Demonstranten
Polizeieinsatz am 11.09.
an der 1. Tiefbohrstelle 2003



1980

05.03. - 04.06.
Hüttendorf 1004 - "Freie Republik Wendland"



Räumung mit größtem Polizeieinsatz der Bundeswehr

ab, die ebenfalls Telefonketten unterhielt, aber anfangs einen schlechteren Ruf hatte. Dass man uns nicht mit irgendwelchen Leuten in einen Topf schmeißen und sagen konnte, das sind alles langhaarige Spinner, trug zur Gründung der Bäuerlichen Notgemeinschaft mit bei. Für die Leute aus der BI waren wir vor allem die Treckerhelden, die mit ihren Traktoren zu Demos fuhren. Dabei kam es zu ziemlich harten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Weil deren Aufgebot nicht reichte, wurde der Bundesgrenzschutz hinzugezogen, zumal es sich hier um einen grenznahen Bereich handelte, und die gingen nicht gerade zimperlich vor. So ist es manchmal zu wüsten Schlägereien gekommen. Auf jeden Fall haben sie nicht bloß zugeguckt, wenn wir eine Demo machten oder eine Straße blockierten. Wenn ein Castorbehälter kam, sind wir mit den Schleppern auf die Straße gefahren, haben sie dort stehenlassen und sind dann abgehauen. Daraufhin sind die Polizei und der BGS mit einem Hubschrauber gekommen und haben sämtlichen Schleppern die Reifen kaputtgestochen. Solche Sachen, die sehr an die Substanz gingen, sind schon passiert. Daher war es alles andere als leicht, den Widerstand hier aufrechtzuerhalten, zumal man immer wieder versucht hat, die Leute, die sich gegen Gorleben stemmten, zu kriminalisieren. Wenn ich oben auf dem Berg gepflügt habe, fuhren ständig Polizisten vorbei. Die Polizei selbst hat das immer von sich gewiesen und gesagt, das seien private Schutzmannschaften gewesen, die versucht haben, uns etwas unterzuschieben.

» Wie kamen die Polizisten, die

normalerweise hier ihren Dienst versahen und die man aus dem Alltag kannte, mit der Situation zurecht?

Horst Wiese: Die hiesigen Polizisten konnte man zum Schluss gar nicht mehr einsetzen, eben weil sie uns kannten und dies hier ihre Heimat war. Sie wollten uns nicht in den Rücken fallen. Deshalb haben sie von weither Polizei heranholen müssen, die dann hier dazwischengeschlagen hat.

Trotz alledem sind auch Freundschaften entstanden. Bei irgendeiner Demo sollten sie mal richtig hart durchgreifen. Dabei kam ein Polizist aus Nordrhein-Westfalen oder Baden mit vorgehaltener Waffe auf mich zu. Zwischen uns entwickelte sich ein Gespräch, und schließlich sagte er zu mir: „Wenn so etwas bei uns laufen sollte, würden wir uns genauso wehren.“ Mehr durfte er nicht sagen, aber nachher hat er seine Eltern hierher zum Urlaub geschickt und gesagt, hier wohnten anständige Leute, denen man vertrauen könne. Solche Bekanntschaften und Freundschaften hat es auch gegeben. Deshalb wäre dieser Standort auf Dauer nicht zu halten gewesen.

Nun war ja geplant, hier das größte nukleare Entsorgungszentrum Europas zu bauen, mit Wiederaufbereitungsanlage und allem Drum und Dran. Erst durch unseren Kampf und die Einsicht von Ministerpräsident Ernst Albrecht, der sich die Auseinandersetzungen hier vor Ort angesehen und gesagt hat, gegen den Widerstand der Bevölkerung lasse er nichts bauen, konnte das verhindert werden. Das hat er durchaus wörtlich gemeint und den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage schließlich zurückgezogen. Aber

Wir Bauern wurden erst von Wissenschaftlern und Professoren über die Gefahren der Atomkraft aufgeklärt

weil die Pläne schon weit fortgeschritten waren, konnten sie nicht anders, als das Zwischenlager bauen zu lassen. Dennoch haben wir um jeden Baum gekämpft. Leute sind in die Bäume geklettert und haben Nägel in den Stamm geschlagen, damit man sie nicht absägen konnte. Begleitet wurde das mit großen Polizeieinsätzen. Zu der Zeit ging die Polizei noch vergleichsweise human vor. Gegen heftigen Widerstand wurden die Bäume schließlich gerodet, worauf der Aufbau des Zwischenlagers begann.

Als nachher das Endlagersuchgesetz verabschiedet wurde, begannen die Untersuchungen im Salzstock auf seine Endlagertauglichkeit, was wieder unter massivem Widerstand geschah. Aber letztendlich konnte man nur wenig dagegen sagen. Schließlich haben wir alle Strom mit verbraucht, das muss man ehrlicherweise zugeben. Als die Sache mit dem Atomstrom begann, hatte keiner darüber nachgedacht, was hinterher mit den Abfällen geschehen sollte. Schließlich wurde die Gefährdung durch den Atommüll bekannt. Wir Bauern konnten das nicht wissen und wurden erst von Wissenschaftlern und Professoren aufgeklärt, die uns die nötigen Informationen gegeben haben. Dadurch sind wir wach geworden und haben uns dann mit Händen und Füßen gewehrt.

Nachher hat die Bundesregierung eingeräumt, dass die BI Lüchow-Dannenberg ein Bundesverdienstkreuz verdient hätte, weil sie uns vor der größten Fehlinvestition in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem Bau der gewaltigen Wiederaufarbeitungsanlage bewahrt hat. Um den Widerstand zu schwächen, wurden wir als Bauern und als Bäuerli-

1981

1982

1983

1984

1985

Der Kreistag, die Samtgemeinde Gartow (fast einstimmig) und die Gemeinde Gorleben genehmigen im Sommer 1981 den Bau des Zwischenlagers - die Zustimmung bedeute eine "Infrastrukturhilfe" in Millionenhöhe.

27.01. Grenzbesetzung DDR bei Gummern
04.09. Großkundgebung "Tanz auf dem Vulkan"

Planung einer Wiederaufarbeitungsanlage bei Dragahn

Eignungshöflichkeit

Am 1. April 1983 wurde die WAA in Dragahn als Teil des Zwischenlagers beschlossen. Die WAA sollte die Abfälle der Wiederaufarbeitungsanlage aufnehmen und in den Salzstock transportieren. Die WAA sollte die Abfälle der Wiederaufarbeitungsanlage aufnehmen und in den Salzstock transportieren. Die WAA sollte die Abfälle der Wiederaufarbeitungsanlage aufnehmen und in den Salzstock transportieren.

30.04. Wendlandblockade
08.10. Tag X
1. Transport schwachradioaktiven Atommölls in das Zwischenlager

04.02. Wiederaufbereitungsanlage (WAA) nicht in Dragahn
Neue Planung für Wackersdorf

XXX



+++++

che Notgemeinschaft nach Frankreich, Karlsruhe und Jülich herumgefahren. Überall hat man uns einzureden versucht, wie sauber und sicher sie arbeiten. Viel gravierender war jedoch, dass sie das Plutonium hinterher nochmal verbrennen und so in den Nutzkreislauf einbeziehen wollten. Zu diesem Zweck sollte der Schnelle Brüter in Kalkar gebaut werden. Was für aberwitzige Geschichten wurden uns in Karlsruhe aufgetischt: Wenn der Schnelle Brüter gebaut würde, wäre das Plutonium weg und der radioaktive Abfall kein Thema mehr.

Das ließ mir keine Ruhe, und so erwiderte ich darauf: Hören Sie mal, so etwas gibt es gar nicht, dass etwas total von der Erde verschwindet. Es bleibt immer etwas zurück. Wenn ich Holz verbrenne, bleibt Asche über, und wenn ich die Asche ins Wasser werfe, ist sie noch immer da. Was bleibt also über, wenn ihr das Plutonium nochmal verbrennt? Darauf kamen drei oder vier Leute auf mich zu und wollten mir meine Zweifel kleinreden. Ich ließ mich aber von ihnen nicht beeinflussen und habe mit Nachdruck nachgefragt. Aber man gab uns keine Antwort. Die mussten wir uns dann hinterher selbst von anderer Seite besorgen.

Wenn Plutonium nochmal verbrannt wird, geht es in den gasförmigen Zustand über und gelangt so in die Atmosphäre. In der Stratosphäre schwirren Edelgase herum, und wenn das Americium hinzukommt, entsteht eine Verbindung, die den sauren Regen auslöst. Eine Forstfachhochschule in Holzminden hat festgestellt, dass der saure Regen das deutsche Mittelgebirge in einem Streifen bis in die Tschechei angegriffen hat. Erst hatte man die

Autoabgase dafür verantwortlich gemacht, aber wenn das stimmen würde, dürfte an keiner Autobahn mehr ein gesunder Baum stehen. In Holzminden erklärte man uns, dass durch Abgase aus dem Forschungszentrum in Karlsruhe, wo radioaktive Experimente gemacht werden, saurer Regen entsteht, der dann über die Landschaft hinweggeht. Das waren alles ausreichende Gründe und Argumente, die unseren Verdacht bestätigt haben. Hinterher kam die Katastrophe in Tschernobyl, aber schon vorher gab es eine Beinahe-Kernschmelze auf Three Mile Island, und zuletzt geschah der verheerende Reaktorunfall in Japan. All diese Katastrophen zeigen uns, dass wir in unserer Argumentation auf alle Fälle richtig gelegen haben. Es ist nur schade, dass es so weit kommen musste.

»Du bist bei deinem Widerstand gegen die Atomindustrie viele Risiken eingegangen. Hast du in irgendeiner Form Unterstützung und Anerkennung dafür in deinem Umfeld gefunden?

Horst Wiese: Im Laufe der Zeit wurden zwar immer mehr Schweinereien aufgedeckt, aber inzwischen haben sich die Wogen sehr geglättet. Man kriegt kaum noch etwas zu hören. Keiner kommt und sagt, ihr habt recht gehabt, wir haben falsch gelegen. Man akzeptiert uns, und im Stillen sehen es jetzt alle ein. Aber es ist traurig, dass die Atomindustrie in unserem eigentlich schönen Deutschland so viel Macht hat. Man erwartet von uns, dass wir mit dem Atom Müll umzugehen lernen. Leider haben wir keine Lösung anzubieten, die ideal wäre. Ein gegen uns gerichteter Vorwurf lautete denn auch,

dass die Franzosen und Engländer, weil in ihren Ländern eine größere Akzeptanz für den Atomstrom seitens der Bevölkerung vorläge, das große Geschäft machen würden. Auf der Linie solcher Argumentationen sollte unser Widerstand kaputtgemacht werden. Uns bedrückt, dass der Widerstand in unserem Nachbarland Frankreich so brutal niedergeknüppelt worden ist. Im Vergleich dazu war alles, was wir hier erlebt haben, eher harmlos. Wir hatten einmal eine Gruppe aus Frankreich hier bei uns zu Gast. Gleich am zweiten Tag haben sie sich mit der Polizei eine Schlägerei geliefert, so dass wir heilfroh waren, als sie wieder nach Hause gefahren sind.

»Am 3. Mai 1980 wurde die Republik Freies Wendland ausgerufen, die allerdings nur für einen Monat bestand. Sie hatte sich unter anderem das Ziel gesetzt, alternative Lebensformen zu praktizieren. Wie hast du diese Zeit persönlich erlebt?

Horst Wiese: Zu der Zeit hatte ich Studenten von der Universität in einem großen Zeltlager auf meinem Hof. Einer von ihnen stellte die kritische Frage: Ihr seid gegen Atom, aber wie stellt ihr euch die Stromversorgung vor? Ich erwiderte: Dann müssen wir eben in eine andere Richtung gehen. Daraufhin haben wir auf dem Hof eine kleine Windkraftanlage gebaut. Erstaunlicherweise waren wir damit so erfolgreich, dass die großen Windkraftanlagen von heute nach diesem System konstruiert werden. Auch Wasser mussten wir selbst warm machen. Also haben wir die Ställe ausgemistet und den Mist auf einen Haufen gefahren, eine Plas-

Es ist traurig, dass die Atomindustrie in Deutschland so viel Macht hat





tikfolie darüber gelegt und das Ganze mit Kraut abgedeckt. Daraufhin haben wir im Kreis einen PE-Schlauch reingelegt und ihn dann an die Duschen angeschlossen. Als der Misthaufen zu gären anfang, konnten wir das Wasser auf diese Weise aufwärmen. Im Misthaufen findet im Grunde eine leichte Verbrennung statt. Mist verbrennt organisch. Der Misthaufen versorgte uns für vier bis fünf Wochen mit Warmwasser. Länger war auch nicht nötig, weil die Studenten dann wieder zurück mussten. Aber in dieser Zeit hatten wir heißes Wasser und alle konnten duschen und abwaschen. Schläuche in den Sand auszulegen und das Wasser über den Sonnenschein zu erhitzen, war nicht ergiebig genug, da die Sonne nachts nicht scheint, aber der Misthaufen lieferte kontinuierlich Verbrennungswärme. Mit der Solaranlage kamen wir jedoch an eine Grenze, weil wir die Solarzellen nicht selbst bau-

en konnten. Dennoch haben wir die Idee ein bisschen angeschoben und dafür gesorgt, dass die Industrie diese Anlagen schließlich gebaut hat.

Wir haben viele Experimente unternommen, darunter auch eines mit einer kleinen Biogasanlage. Seinerzeit wurde Biogas nicht sonderlich gefördert. Viel Geld haben wir daher nicht bekommen, aber zumindest Zuspruch. Als wir die Modellanlage fertiggestellt hatten, kam Forschungsminister Volker Hauff auf den Hof. Wir führten ein sehr gutes Gespräch. Er wollte etwas in die Wege leiten und hat uns auch einen Zuschuss versprochen, aber als er nach Bonn zurückkehrte, war man dort nicht sonderlich glücklich über seine Pläne. Vier Wochen später musste er gehen. Allerdings wurden die Zusagen, die er uns gemacht hatte, eingehalten, aber in der Sache ist nichts weiter unternommen worden. In dem Moment war uns erst richtig

Während der gut 30-tägigen Besetzung der Bohrstelle 1004 im Jahr 1980 wurden zahlreiche Häuser errichtet und anschließend die „Republik Freies Wendland“ ausgerufen.

klargeworden, wie groß der Einfluss der Industrie auf die Regierung ist und mit welchem Gegner wir es zu tun haben. Die alternative Landwirtschaft war die Grundlage unseres Widerstands, und dazu mussten wir eine vernünftige Energieversorgung, eine vernünftige Düngung auf den Feldern und dann eine vernünftige Lebensform und Ernährung auf die Beine stellen. Es wurde in dieser Form auch entwickelt. Mir persönlich war eine vernünftige Grundlage immer wichtig, weil wir dann nicht so schnell zu Kreuzen kriechen oder unsere Meinung ändern brauchten. Die Studenten kamen für das Zeltlager alle Jahre wieder. Es war schon eine schöne Zeit.

» Das hört sich so an, als sei der Widerstand im Wendland, an dem viele engagierte Leute beteiligt waren, nur noch Geschichte.

Horst Wiese: Ja, das ist das alte Lied: Not macht erfinderisch und schweißt zusammen, aber wenn die Not nachlässt, lassen auch solche Verbindungen nach. Wenn wir Alten uns hin und wieder treffen, haben wir immer guten Gesprächsstoff. Aber ansonsten bin ich gar nicht traurig, dass der Widerstand nicht mehr so notwendig ist. Wir wissen jetzt, dass der Salzstock ausgebaut worden ist, und haben erfahren, dass es in der Asse schiefgelaufen ist. Uns betrübt, dass sie den Salzstock Gorleben trotzdem nicht aufgegeben haben. Das ist ärgerlich. Wir wissen alle, dass hochradioaktive Materialien im Salzstock nicht eingelagert werden können. Ob er für dioxinhaltige Endprodukte taugt, ist ebenso fraglich, denn wenn sich Dioxin auflöst, kann es ins Grundwasser geraten. Salz ist





aggressiv. Metallbehälter kann man daher nicht nehmen. Jetzt führen sie Experimente mit Beton durch. Auf ewig hält das alles nicht. Man hat nicht aufgehört, Abfälle dieser Art zu erzeugen. Es entsteht sogar immer mehr hochgiftiger Abfall. Man hofft darauf, dass man den Abfall vielleicht in 30, 40 Jahren noch verwerten könnte, was heute jedoch nicht der Fall ist. Das Atomgeschäft floriert, aber die Gefahr ist zu groß, dass ein Meiler irgendwann einmal auseinanderfliegt. Man hat uns früher gesagt, in 1000 Jahren könnte so etwas vielleicht einmal passieren. Aber die Unfälle haben sich schon in den ersten Jahren der Atomverstromung ereignet. Es zeigt sich eben, dass das alles Fehldiagnosen waren. Die

Oben und rechts: Abfahrt des Trecker-Trecks im Wendland zur Demo in Hannover Ende März 1979

ganze Geschichte basiert auf Lügen, Verdummung und Falschinformation.

» Kannst du dir vorstellen, dass deine Enkelkinder das gleiche oder etwas Ähnliches machen würden, was du schon gemacht hast, wenn Gorleben wieder in die engere Auswahl kommen sollte?

Horst Wiese: Ich glaube, sie würden noch mehr machen. Bei meinem Sohn, der mich in all den Jahren immer unterstützt hat, bin ich mir sogar sicher. Ich selber hatte einmal ein Verfahren wegen Nötigung am Hals. Als die hier Testbohrungen gemacht haben, wussten wir natürlich, worauf das hinausläuft. Also sind wir

mit unseren Treckern hingefahren und haben die in Lüchow eingekreist, damit sie nicht an die Arbeit gehen konnten. Von den 50 Eigentümern der Schlepper wurden sieben angeklagt und verurteilt. Die BI hat uns dann vorbehaltlos mit Geld unter die Arme gegriffen.

Als sie hier den Salzstock weiter ausbauen wollten, habe ich versucht, ein Grundstück auf dem Gorlebener Moor zu erwerben. Das Moor liegt mitten auf dem Salzstock. Auf der einen Seite sind die Ländereien des Grafen und auf der anderen die Gorlebener Flächen. Früher hatte ich einmal einen Großteil des Moors gepachtet und bewirtschaftet. Wir sagten uns, wenn wir einen Teil der Fläche kaufen, können sie

1997

1998

1999

2000

02.03. "Stunkparade"
04.03. "X-tausendmal quer"
8.000 vor dem Verladekran
3. Transport (3+1+2 Castoren)



Nach Messung erhöhter Strahlenwerte stoppt Angela Merkel, damals Bundesumweltministerin, alle Transporte von Castor-Behältern



Bundesumweltminister J. Trittin: Wiederaufnahme der Transporte



14.06. Atomausstieg: Die 19 deutschen nach jeweils 32 Jahren Laufzeit abgesch
01.10. Moratorium: Erkundungsarbeiten gestoppt





nicht weiterbauen. Das Moor gehörte einem Landwirt aus Gorleben, der heute nicht mehr lebt. Um das Geld dafür aufzubringen, hatten wir eine Sammelaktion im ganzen Bundesgebiet veranstaltet, und ehe wir uns versahen, hatten wir über eine Million, das zehn- oder zwanzigfache von dem, was die Fläche eigentlich wert war, zusammen. Jedenfalls kriegte ich einen Koffer voll Geld und sollte die Fläche kaufen. In der Zwischenzeit hatten die Atombefürworter Wind von der Sache bekommen und alles darangesetzt, selbst die Fläche zu kaufen. Das heißt, diejenigen, die von der Atomwirtschaft im Dorf profitiert hätten, setzten den Besitzer unter Druck. Wenn er das Land an mich verkaufen würde, hätten sie kein Geld gekriegt. Schließlich ist er weich geworden und hat dann an sie verkauft. Und ich stand mit meinem Koffer voll Geld da und konnte nichts machen. Unsere Rechtsanwälte haben versucht, das Geld zurückzugeben, aber die Spende war anonym. Und so ist eben ein Riesengrundstück entstanden für die BfL. Mit diesem Geld sind die Rechtsansprüche und Klagen und vieles andere mehr finanziert worden.

» Hat dir deine Familie während der Zeit der harten Auseinandersetzungen den Rücken gestärkt?

Horst Wiese: Ja, auch meine Kinder waren wütend, weil hier ein Endlager entstehen sollte. Ich glaube, dass es einen gewaltigen Aufstand geben wird, wenn sie wirklich das Risiko eingehen sollten, hier ihren hochradioaktiven Müll einzubuddeln. Denn es ist klar, dass die Radioaktivität irgendwann wieder an die Oberfläche kommt, da die Flüssigkeit, die schon jetzt im Salzstock ist, verstrahlt wird.

Ich will hoffen, dass die Vernunft siegt und man die Einlagerung in Salz nicht riskiert. Ich bilde mir ein, dass eine Endlagerung in Granit günstiger wäre, weil Granit nicht so aggressiv ist wie Salz. Auch Ton ist vielleicht günstiger. Aber es muss gewährleistet sein, dass der Atom Müll nicht mit Grundwasser in Berührung kommt. Granit oder Ton bieten noch am ehesten diese Gewährleistung, weil die Gebinde nicht so schnell zerfallen wie im Salz, auch in Hinblick darauf, dass man eines Tages vielleicht etwas erfindet, was besser ist und der Atom Müll dann rückholbar wäre.

40 Jahre Gorleben Aktionswoche

Der wendländische Widerstand begeht den 40. Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens am 22. Februar 1977 mit einer Aktionswoche.

Samstag, 18. Februar

Rückbau statt Rückschau

12 Uhr Sammeln am Plater und am Streetzer Kreisel; gemeinsame Fahrt zu den Atomanlagen; dort ab 13 Uhr Reden, Musik, Aktionen. Bringt Schubkarren mit! Ab 16 Uhr in den Bauernstuben in Trebel: Präsentation des Wochenprogramms, Grußworte, offener Klönschnack bei Kaffee und Kuchen.

Mittwoch, 22. Februar (Tag d. Standortbenennung) Alles vorbei in Gorleben?

Moderierte Podiumsdiskussion über die Zukunft des Standorts Gorleben. Ort und Zeit folgen.

Samstag, 25. Februar

Ein Bier auf 1004

22 Uhr: Tanznacht im Café Grenzbereiche in Platenlaase; Überraschungs-DJ. Soli-Eintritt: 5 Euro

Sonntag, 26. Februar

Eselwanderung über den Salzstock

Mit Gerhard Has; von Trebel über den Salzstock zum Sonntagsspaziergang. 11 Uhr, Hauptstraße 54, Trebel

Sonntag, 26. Februar

Gorleben im Spiegel der Literatur

17 Uhr auf dem Künstlerhof in Schreyahn: Axel Kahrs organisiert eine Lesung von Andreas Maier, Wolfgang Kaven, Ingrid Birkholz und anderen.

2001

Gorleben ist eine Wellblechbox

Die Aktion 'Gorleben ist eine Wellblechbox' wurde von der Initiative 'Gorleben ist eine Wellblechbox' organisiert. Sie zielt darauf ab, die Öffentlichkeit auf die Gefahren des Atommülls aufmerksam zu machen. Die Aktion besteht aus einer Reihe von Aktionen, die in der Region Gorleben durchgeführt werden. Dazu gehören unter anderem die Installation von Wellblechboxen, die den Namen der Initiative tragen, sowie die Durchführung von Demonstrationen und Informationsveranstaltungen.

4. Transport (6 Castore: 26 Stunden Transportzeit)

5. Transport (6 Castore: 60 Std.)

27.01. Sachendorf: 5 Blockierer im Gleisbett einbetoniert

12.09. Installation: "Gewissensruhe" von Franz Hartmann



2002

6. Transport (12 Castore: 61 Std.)



2003

7. Transport (12 Castore: 58 Std.)



Fehler müssen korrigiert werden!

Ein Kommentar zum BVG-Urteil über die Klagen der Atomkonzerne gegen den Atomausstieg

Recht Die Regelungen zum Atomausstieg verstoßen laut Bundesverfassungsgericht in Teilen gegen das Grundgesetz. Der beschleunigte Ausstieg ist den Energiekonzernen laut Gericht zwar im Wesentlichen zumutbar, die Firmen haben aber Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für Investitionen, die sie im Vertrauen auf zuvor festgelegte Reststrommengen getätigt hatten. ARD-Energieexperte **Jürgen Döschner** kommentiert.

Die gute Nachricht aus Karlsruhe lautet: Wer eine Hochrisikotechnologie wie die Atomkraft betreibt, der muss damit rechnen, dass sich die Gesellschaft irgendwann gegen diese Risiken ausspricht. Und die Entscheidung darüber ist allein Sache der Politik. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist keine Enteignung, ein Anspruch auf Schadenersatz besteht nicht. Zu den von RWE, Vattenfall und E.ON im Vorfeld gestreuten Schadenersatzzahlungen von bis zu 20 Milliarden Euro wird es nicht kommen.

» Deutliche Rüge

Die schlechte Nachricht: Mit diesem Urteil bekommen sowohl die gegenwärtige Regierung von Angela Merkel, als auch die damalige rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder für ihre jeweilige Atompolitik eine deutliche Rüge. Der Zick-Zack-Kurs von Schwarz-Gelb, aber auch der eigenartige Atomkonsens von Rot-Grün haben überhaupt erst die Basis dafür geschaffen, dass die Stromkonzerne nun vor Gericht ziehen und in einigen Punkten sogar Recht bekommen konnten.

» Zwei rot-grüne Schnitzer

Die größten Schnitzer haben sich Schröder und Jürgen Trittin seinerzeit mit dem sogenannten Atomkonsens geleistet. Gleich in

zwei Punkten haben sie sich von der Kernkraft-Industrie über den Tisch ziehen lassen. Punkt eins sind die Reststrommengen. Statt ein klares Abschaltdatum für jedes AKW festzulegen, wurden jedem Meiler bestimmte Strommengen zugeteilt – ein ewiger Quell für Streit und Tricks bis heute, wie das Urteil aus Karlsruhe zeigt.

Punkt zwei ist die Entsorgungsfrage. Bis zu dem Deal von Schröder und Trittin galt laut Atomgesetz: Wer ein Atomkraftwerk betreibt, muss die dabei entstehenden Abfälle schadlos verwerten oder in einem Endlager „ge-

eines atomaren Zwischenlagers, zum Beispiel auf dem Kraftwerksgelände, als Entsorgungsnachweis ausreicht. Schröder und Trittin haben damit nicht nur das potenziell schärfste Schwert gegen die Atomkraft aus der Hand gegeben. Sie haben auch das größte und schwierigste Problem dieser Technologie mal eben unter den Teppich gekehrt, haben den Atomkonzernen einen Schein-Ausweg aus dem Entsorgungsdilemma ermöglicht und obenrein ein weiteres Anwachsen der Atommüllberge bewirkt.

» Kein Entsorgungsnachweis

Und hier schließt sich der Kreis: Es ist die Verantwortung der Politik, nicht nur über die Hinnehmbarkeit des Risikos der Kernkraft an sich, sondern auch das der hochradioaktiven Hinterlassenschaften zu bestimmen. Wenn die Betreiber der Anlagen schon 2002 keinen Entsorgungsnachweis für den bis dahin entstandenen Atommüll erbringen konnten, dann ist es höchste Zeit, die Entstehung weiterer Atommüll-Mengen zu unterbinden. Die vom Verfassungsgericht bis Juni 2018 angemahnte Änderung des Atomgesetzes wäre eine gute Gelegenheit, auch diesen Fehler in der Atompolitik zu korrigieren, die Zwischenlagerung als Entsorgungsnachweis zu streichen und die verbliebenen Atommeiler sofort zu schließen.

Jürgen Döschner (hier im AKW Fukushima) leitete den Aufbau des Bereichs Investigativer Journalismus im WDR Hörfunk. Seit Ende 2011 ist Döschner offizieller „Energieexperte“ des ARD-Hörfunks und arbeitet in dieser Funktion in der Chefredaktion des WDR-Hörfunks



ordnet beseitigen.“ Eigentlich ein K.O.-Kriterium für jedes Atomkraftwerk in Deutschland, denn bekanntlich haben wir bis heute kein Endlager.

» Schwert aus der Hand

Die rot-grüne Bundesregierung befreite die Atomindustrie mit dem Vertrag vom 14. Juni 2000 von dieser Sorge, indem sie akzeptierte und ins Atomgesetz hineinschrieb, dass künftig der Bau

Fotos: PubliXViewing, Privat





Atomausstieg ist rechtens

BVG weist Klagen der Konzerne ab

Recht Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat sein Urteil über die Klagen der Atomkonzerne gegen das Atomausstiegsgesetz von 2011 gefällt. **Andreas Conradt** fasst die Reaktionen zusammen.

Die „Festlegung von festen Abschaltterminen“ für die deutschen Atomkraftwerke und „die Kürzung der ihnen zugewiesenen Reststrommengen“ hätten „vor dem Grundgesetz Bestand“, stellte der Vorsitzende des Ersten Senats, Ferdinand Kirchhof, gleich zu Beginn der Verkündung des Urteils klar.

Statt der rund 20 Milliarden Euro, die die Konzerne einforderten, kristallisiert sich nun heraus, wird die Kompensation deutlich geringer ausfallen. Der Maßstab für die Bemessung der Entschädigung seien die errechneten Reststrommengen, die dem rot-grünen Atomausstiegmodell aus dem Jahr 2000 zugrundelagen.

„Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, dass das Atomausstiegsgesetz von 2011 im Wesentlichen mit unserer Verfassung im Einklang steht. Sowohl die Einführung fester Abschalttermine als auch die Staffelung der Abschaltfristen sind verfassungskonform“, jubelte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks

(SPD) nach dem Urteilsspruch aus Karlsruhe. Verfassungskonform seien auch die entschädigungslose Rücknahme der Laufzeitverlängerungen von 2010 und das Gesetzgebungsverfahren selbst. Die Milliardenforderungen der Konzerne seien mit dem Urteil vom Tisch, der Zeitplan des Atomausstiegs müsse nicht verändert werden.

Auch der erste Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung aus dem Jahr 2002 wird nicht infrage gestellt. Mögliche Entschädigungen könnten sich demnach nur auf Strommengen beziehen, die wegen der endgültigen Entscheidung zum Atomausstieg im Jahr 2011 möglicherweise nicht mehr produziert werden können. Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne): „Das dürfte im Fall des Falles eine sehr übersichtliche Summe sein. Der Kern der Klage wurde zurückgewiesen.“

Das Gericht sieht allerdings in einem Randbereich des Gesetzes zu den beiden AKW Krümmel

Der Kern der Klage wurde zurückgewiesen.

und Mülheim-Kärlich einen Sonderfall. Für diese beiden Anlagen muss der Gesetzgeber einen Ausgleich schaffen. Hendricks: „Wie dies erfolgen kann, darüber lässt das Gericht dem Gesetzgeber einen breiten Gestaltungsspielraum.“

Zwar rudert die Branche gerade ein wenig zurück und rechnen die Konzerne nur noch mit vergleichsweise bescheidenen Kompensationen: „Wir gehen nicht davon aus, dass hier Entschädigungen in Milliardenhöhe erfolgen werden“, sagte eine RWE-Sprecherin in Karlsruhe.

Doch der vom BVG eröffnete Gestaltungsspielraum lässt Anti-Atom-Aktivist/-innen befürchten, dass der Ausgleich auch in Form eines schmutzigen Deals ausgestaltet werden könnte: „Es muss nicht Geld sein, denkbar ist eine Laufzeitverlängerung für einige Reaktoren. Sollte es die geben, wird es Proteste hageln“, prophezeit die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Auf der Tagesordnung steht aus Sicht der Gorleben-Gegner/-innen vielmehr die sofortige Beschränkung der Atommüllproduktion, denn – anderer Deal, gleiches Ergebnis – auch für die Kosten der Atommüllentsorgung soll künftig der Staat zahlen.

Konsequenzen fordert Jochen Stay von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Statt der geforderten 19 Milliarden Euro werden die AKW-Betreiber nur einen dreistelligen Millionenbetrag als Entschädigung für den Atomausstieg erhalten. Die Bundesregierung sollte daraus Konsequenzen ziehen und alle noch laufenden Atomkraftwerke jetzt schon abschalten und nicht erst 2022. Für die Stromversorgung werden sie schon heute nicht mehr benötigt.“





„Wir können stolz sein!“

Die Arbeit der BI in den letzten 40 Jahren war erfolgreich

Gorleben Viel ist nicht geblieben von den großen Atom-Plänen der niedersächsischen CDU-Regierung der Siebzigerjahre. Zwar hat Lüchow-Dannenberg mit Gorleben auch heute noch seinen wunden Punkt, das meiste aber konnte dank starker Proteste im Wendland und in der ganzen Republik verhindert werden. **Wolfgang Ehmke** blickt zurück auf 40 Jahre Widerstand und wagt zugleich einen Ausblick auf die BI-Arbeit in den kommenden Jahren ohne Castor.

Wer hätte das gedacht: in Gorleben – später übrigens in einem zweiten Anlauf in Dragahn – sollte ein gigantisches Atommüllzentrum, ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) errichtet werden. Auf 12 Quadratkilometern, in einer menschenleeren Ecke, gut abzusperren gegen Proteste, am besten im Nordosten Niedersachsens in Lüchow-Dannenberg, das wie ein Dreieck in das Gebiet der DDR hineinragte. Das ist Geschichte! Eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Brennelementefabrik, diverse oberirdische Pufferlager – auch das ist Geschichte. Das politische Lavieren des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht hat mit dazu beigetragen, dass ein NEZ dieses Ausmaßes schnell ad acta gelegt wurde. Zunächst hatte Albrecht Gorleben praktisch

Das politische Lavieren von Ernst Albrecht hat dem Widerstand gegen das NEZ in Gorleben sehr geholfen

aus dem Hut gezaubert und andere Standorte dafür einfach gestrichen. Dann, nach den aufblühenden Protesten und unter dem Eindruck eines internationalen Symposiums, gesagt, Gorleben sei technisch zwar machbar, politisch aber nicht durchzusetzen. Schließlich schlug er doch wieder vor, die gleiche Anlage im westlichen Teil des Wendlands, in Dragahn, zu errichten. Dieses Hin und Her, dieser Glaubwürdigkeitsverlust hat die Menschen empört und skeptisch gestimmt. Dass die Industrie am Ende eine Wiederaufarbeitungsanlage – auch im bayrischen Wackersdorf – selbst nicht mehr wollte, ist noch eine ganz andere Geschichte, ein „Entsorgungsbeitrag“ wäre sie ohnehin nicht geworden, es ging um das Extrahieren des waffenfähigen

Plutoniums aus abgebrannten Brennelementen oder die Beimischung des Plutoniums bei der Fertigung von neuen Brennelementen. Am Ende hat die Energiewirtschaft diesen „Entsorgungspfad“ aus Kostengründen selbst kassiert. Wackersdorf ist schon lange Geschichte.

Was blieb, war heftig genug: Die Verabredung zwischen Ernst Albrecht und Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), den Salzstock Gorleben zu erkunden und ein Zwischenlager zu errichten, ist allein vor dem Hintergrund des gesetzlich geforderten Entsorgungsnachweises zu verstehen. Und diese Entscheidung beschäftigt uns noch immer! Trotz alarmierender Zeichen aus der Tiefe: Wasserkontakt, Gasvorkommen, Anhydrit, fehlendes Deckgebirge.

Fotos: PubliXviewing

2011



„Das war's“

Regime Merkel: Bundeskanzler Helmut Schmidt
Nach dem Katastrophen in Fukushima (April im März 2011) hat der Deutsche Bundestag am 30. April 2011 das
Deutschland Gesetz zur Reduzierung des Atomrisikos (GWR)
beschlossen, mit dem alle Laufzeitverlängerungen deutscher
Kernkraftwerke wieder zurückgenommen werden. (www.bundestag.de)

„Seit Fukushima hat RESTRIKSO
eine neue Bedeutung“
Norbert Lenzau (Bürgerbewegungsgesellschaft)

13. Transport (11 Castoren: 126 Std.)



2012



2013



Und auch mit den Hinterlassenschaften dieser Verabredung müssen wir uns heute noch herumplagen. Rostfässer schon nach einigen Jahrzehnten Zwischenlagerung, 113 Castoren, von denen niemand weiß, welche Schwierigkeiten bei einer Dauerlagerung noch auftreten, eine Pilot-Konditionierungsanlage, die genehmigt aber nicht genutzt wird und ein Endlagerbergwerk, das in einen Dornröschenschlaf verfallen ist.

Ja, wir können stolz sein, weil die Massenproteste und der beharrliche, bunte und von vielen Menschen im Wendland und von Freund/-innen von außerhalb getragene Protest mit dazu beigetragen haben, dass am Ende nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima ein politischen Umsteuern weg von der Atomkraft, hin zu den regenerativen Energien vollzogen wurde. Und das unter einer CDU/FDP-Regierung, die kurz zuvor noch die Laufzeiten der Reaktoren verlängert hatte. Wir können auch stolz sein, dass es heute um den Klimaschutz geht. Längst stehen nicht nur Atomkraftwerke, sondern auch Kohlekraftwerke zur Disposition. Was wurden wir verspottet, als sich im Hüttendorf 1004 vor über 35 Jahren ein Windrad drehte. Diese Ökospinner! Wir können stolz sein, dass kein weiterer Castor in Gorleben eingelagert werden soll und damit der Druck auf die Realisierung des Endlagerprojekts abgeschwächt wurde.

Aber können wir auch zufrieden sein? Was fehlt ist eine echte Entschuldigung für die politischen Beschimpfungen als Chaoten, als dreckiges Pack und was es nicht alles gab, und für die Kriminalisierung. Was fehlt ist das parteienübergreifende Eingeständnis, dass Gorleben ein Fehler war.



Was fehlt ist, dass sich die historische Wahrheit, dass Gorleben als Endlager nie geeignet war, wirklich durchsetzt.

Höllisch wachsam, also nicht zufrieden, müssen wir bleiben, um zu sehen, ob parteipolitische und Länderegoismen nicht doch dazu führen, dass Gorleben aus dem Dornröschenschlaf wieder erweckt wird. Zum Glück ist der Widerstand nicht eingeschlafen, nur die Arbeitsfelder werden sich verschieben.

Denn es gibt viele ungeklärte Fragen, und die Debatte auf dem von der BI organisierten Ratschlag in Gedelitz Ende November war nur ein Anfang, um über den künftigen Weg des Gorleben-Widerstands zu diskutieren.

Viele Jahre lang war Gorleben der soziale Ort, an dem Menschen zusammenkamen, um sich gegen Castortransporte quer zu stellen. Die politische Klasse hat daraus gelernt, der – wenn auch halbherzige – Atomausstieg ist dennoch eine radikale Wende der Energiepolitik und er gilt – in Europa – fast als Alleinstellungsmerkmal einer Energiepolitik ohne Atom. Das wird auch als „Atomausstieg“ von vielen Menschen so wahrgenommen. Dem außerparlamentarischen Protest sollte die „Bühne“ genommen werden, um

BI-Mitarbeiter Torben Klages moderierte den Ratschlag in Gedelitz, in dem auch die künftige Ausrichtung der Bürgerinitiative diskutiert wurde.

damit dem Widerstand die Definitionsmacht zu entreißen. Schließlich waren in erster Linie wir gefragt und nicht die politischen Parteien, wenn der Castor rollte. Nicht nur das: Sogar die Fixierung auf Gorleben als Endlager für – vor allem – die hochradioaktiven Abfälle wurde durch das Standortauswahlgesetz aufgehoben. Gorleben ist nur noch einer von mehreren möglichen Standorten, nur dass wir befürchten müssen, dass am Ende die Sache wieder uns vor die Füße fällt.

Deshalb ist es wichtig, so zu agieren, dass wir unsere Handlungsfähigkeit und die Strukturen erhalten. Die Frage ist: Wie lässt sich diese Phase der vielen Unsicherheiten, in der wir nur noch eine Initiative von vielen sind, klug überbrücken. Bisher ist uns das zufällig gut gelungen. Es gab und gibt viele große und kleine Anlässe und noch einige gut funktionierende Zusammenhänge im Wendland: die BI als Vorstandsinitiative mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung bundesweit, das Gorleben Gebet, der Sonntagsspaziergang, einige Castor-Gruppen, die Fukushima-Mahnwache.

Für das Jahr 2017 sehe ich für die BI keine Probleme, wenn man die vielen sich bietenden Anlässen betrachtet. Doch auch sie werden am Ende nur schwer zudecken können, dass ohne den Aktionsanlass „Castor nach Gorleben“ die Motivation vieler Menschen hier und bundesweit, gegen Atomkraft und die Atommüll-lageroptionen aufzubegehren, immer schwächer geworden ist. 2017, das ist klar, bleibt spannend. Auch für uns. Ein Ratschlag allein wird da nicht reichen. Die Standortbestimmung in unseren Reihen hat gerade erst begonnen.

2014



Dr. Peter Ramsauer erhält den Blackout des Monats März für seine Worte: „Welche Folgen die Energiewende für die Stromkosten hat, hätte man sich vorher überlegen müssen. Wer die Preise wieder senken will, muss zurück zur Atomkraft.“



Die größte Gefahr für den Ausstieg ist der Mythos, wir hätten ihn schon.

Die Ereignisse in Fukushima haben uns 25 Jahre nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl erneut die Risiken vor Augen geführt, die mit der Nutzung der Atomenergie verbunden sind – und dass das so genannte Restrisiko nicht nur ein rein theoretisches Risiko ist. Fukushima hat auf traurige und erschreckende Weise erneut deutlich gemacht, dass der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergienutzung und das nachdrückliche Vorantreiben der Energiewende der richtige Weg sind.

Stefan Wenzel: „Hüten sollten wir uns vor der Hybris der Asse-Planeten. ‚Sicher für alle Zeiten‘, hieß es damals in allen großen deutschen Tageszeitungen. Das war ein bitterer Trugschluss.“



Die Ausstellung entstand unter Mitarbeit von: Frank Hautog, Gesine Pieterek, Siegmund Schmaggel, Arndt Böhm, Beate Maatsch, Ingrid und Werner Lowin.

Sie wird während der Kulturellen Landpartie (25. Mai bis 5. Juni) auf dem neuen Wunde.r.punkt in Neu Darchau zu sehen sein.



Atomkraft auf dem Pferderücken

Portrait Bei Rudis erstem Zuzug, 1949, war Deutschland gerade knapp den Atombomben entgangen, die die Nazis nicht mehr fertig bekamen und die die Amis erst ein halbes Jahr nach Kriegsende einsatzbereit hatten. Von Atomkraft sprach damals niemand, im Wendland nicht und auch nicht in der angrenzenden Altmark. Dort hatte Rudi „unter einem durch und durch preußischen Lehrherren, der nie Nazi war“ eine landwirtschaftliche Lehre abgeschlossen. Dessen Auffassung, dass erkannte Verantwortung auch getragen werden müsse, ist bis heute Rudis Leitgedanke.

Als er 1948 in Stendal von sowjetischen Soldaten aufgegriffen und zum Uranabbau in die Wismut kommandiert wurde, erkannte er das Monströse des Systems. Er entkam der Armee und floh schließlich 1949 nach Volzendorf im Lemgow in der britischen Zone. Er verdingte sich auf Höfen, erlebte aber, dass sein guter Abschluss in Deutschland West nicht anerkannt wurde.

Nur sieben Jahre nach Ende des Krieges, 1952, wagte Rudi eine große Fahrradtour durch Europa! Der Gedanke an einen friedlichen Kontinent beflügelte ihn, bis ...

Viele im Wendland sind „Zugezogene“, die irgendwann von außerhalb kamen. Rudi Sprössel hat diesen Schritt gleich zwei Mal gemacht! Elisabeth Hafner-Reckers hat sich seine Geschichte erzählen lassen



die Reise mangels Geld in Süddeutschland endete. Rudi fand Arbeit und gründete mit Edith aus dem Wendland eine Familie. Über Umwege kam er zu einer Ausbildung zum Krankenpfleger und war bis 1996 in diesem Beruf tätig. Er arbeitete in Karlsruhe und beschäftigte sich berufsbedingt sehr viel mit Radiologie und Strahlenschutz – und wurde Gewerkschafter. Der Schwiegermutter zuliebe ging es Anfang der 80er zurück ins Wendland. Da war der Konflikt um Gorleben schon in vollem Gange!

Rudi arbeitete im Krankenhaus in Dannenberg und lernte Heinrich Messerschmidt und andere Widerständler kennen. Für die Castortransporte erwirkte Rudi später immer eine Akkreditierung als Gewerkschafter zur Beobachtung der Strahlenbelastung. So konnte er eigene Messungen durchführen und informierte Polizistinnen, die sich in der Nähe der Castoren aufhielten, über ihre ganz persönlichen Risiken, gerade in Bezug auf ihren Kinderwunsch. Das Thema Atom begegnete ihm allerdings schon früher – per Pferd! Rudi war Anfang der 60er Mitglied in einem Reitverein, dessen Vorsitzender im Forschungszentrum in Karlsruhe arbeitete. Seine Berichte machten Rudi, den Atomkraftbefürworter („weg von der schmutzigen Kohle“), zum Atomkraftskeptiker und die berufliche Beschäftigung mit Strahlen zum Atomkraftgegner. Die spätere Begegnungen im Wendland mit Heinrich Messerschmidt brachten ihn zur Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative. Sie wurde Rudi zur Passion und gab ihm seine Aufgabe im Widerstand als Mahner und Warner vor der Strahlenbelastung durch die Atomkraft. Ein sehr wichtiges Erlebnis für ihn war die Anerkennung durch Polizist/-innen als einem, der sie, basierend auf medizinischen Fachkenntnissen, vor der Strahlung warnen wollte. Bis heute ist die Arbeit der BI neben dem phantasievollen Widerstand gekennzeichnet von ausgeprägtem Fachwissen ums Thema Atom. Dabei verdankt sie Rudi wie kaum einem anderen den guten Ruf in Politik und Wissenschaft.

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Es befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

- Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.
- Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- Das **Bergwerk** wurde größer aufgeföhrt, als für die Erkundung nötig. Kritiker befürchten, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!



Ein Grund mehr, Gorleben zu beenden...

...Jonna Mathilde ist da!

* 10. Oktober 2016

Schön, dass du bei uns bist!

Franziska Behn & Frank Erstling



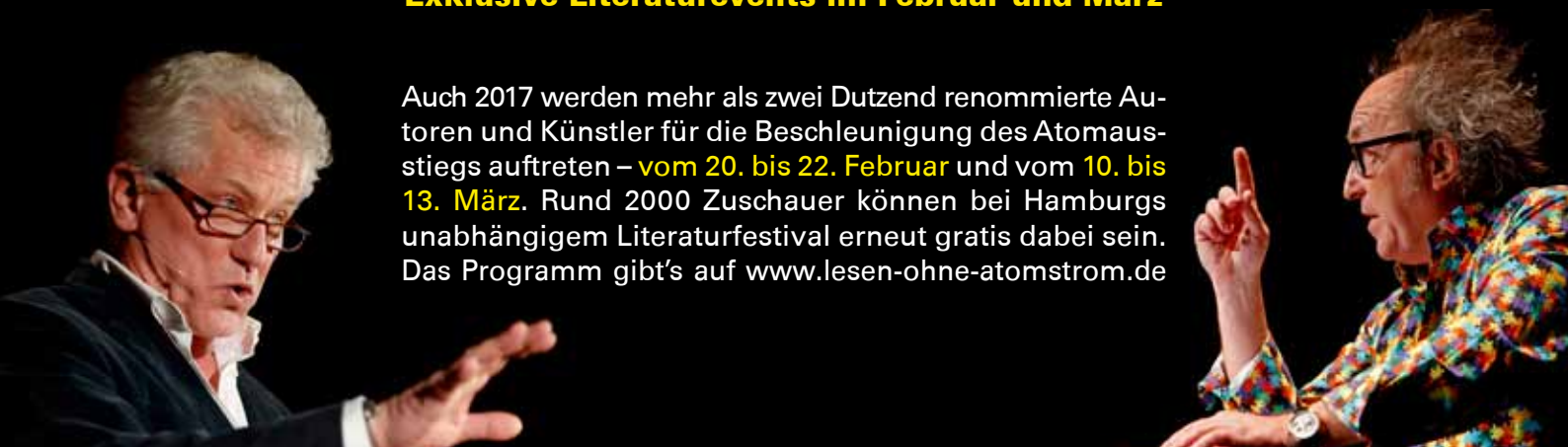
Es kommt nicht häufig vor, zugegeben, dass junge Eltern ihrem Neugeborenen den Widerstandsgedanken schon in die Wiege legen und das auch noch öffentlich kundtun. Und doch zeugt der Verkauf zahlloser handgemachter Lätzchen, Strampler und Latzhosen mit der Wendland- oder der Anti-Atom-Sonne während der Kulturellen Landpartie von dem tiefen Eindruck, den der Kampf gegen Gorleben bei den Lüchow-Dannenberg/innen hinterlassen hat, von ihren festen Wurzeln im Boden des regionalen Widerstands. Ganz nebenbei hat dieser Kampf eben so etwas wie ein Heimatgefühl bewirkt. In diesem

Boden, in diesem Geist auch beerdigt zu sein, ist ein Wunsch, der wohl noch seltener geäußert wird – und dessen Symbolik von den Friedhofsverwaltungen allenfalls widerwillig akzeptiert wird. Dass dies in Meuchefitz geschehen möge, war schon vor Jahren letzter Wille eines BI-Mitglieds.

LESEN OHNE ATOMSTROM DIE ERNEUERBAREN LESETAGE

Der Atomlobby die Leviten lesen Exklusive Literaturevents im Februar und März

Auch 2017 werden mehr als zwei Dutzend renommierte Autoren und Künstler für die Beschleunigung des Atomausstiegs auftreten – vom 20. bis 22. Februar und vom 10. bis 13. März. Rund 2000 Zuschauer können bei Hamburgs unabhängigem Literaturfestival erneut gratis dabei sein. Das Programm gibt's auf www.lesen-ohne-atomstrom.de



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

